



Niederschrift

Gremium			
Schul- und Sportausschuss			14. Sitzung
Sitzungsort			Sitzungstag
Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstraße 20, Marienheide			20.11.2008
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
05.11.2008		17:00 Uhr	20:05 Uhr

Anwesend sind:

stellv. Vorsitzende/r

Meier, Oskar CDU

Ratsmitglieder CDU

Alefelder, Stephan CDU

Heedt, Rudolf CDU

Hüttenmeister, Monika CDU

Vertretung für Frau
Yvonne Peppinghaus

ab 17:35 Uhr abwesend

Neumann, Henner CDU

Ratsmitglieder SPD

Berges, Günter SPD

Beyer, Christoph SPD

Meckel, Birgit SPD

Wottrich, Sven SPD

Vertretung für Herrn
Wilfried Fernholz

Ratsmitglieder FDP

Rittel, Jürgen FDP

ab 18:55 Uhr abwesend

Sachkundige Bürger CDU

Raffel, Simone CDU

Sachkundige Bürger SPD

Kramer, Harald SPD

Vertretung für Herrn
Holger Köppen

ab 17:15 Uhr anwesend

Sachkundige Bürger FDP

Heringer, Reimund FDP

beratende Mitglieder

Bielecke, Michael
 Khaliji, Erika
 Krug, Wolfgang
 Roth, Franz-Rudolf

fraktionslos
 fraktionslos
 fraktionslos
 fraktionslos

ab 19:10 Uhr abwesend

Es fehlten:Vorsitzende/r

Fernholz, Wilfried

SPD

Ratsmitglieder CDU

Peppinghaus, Yvonne

CDU

Sachkundige Bürger CDU

Rein, Gaby

CDU

Sachkundige Bürger SPD

Köppen, Holger

SPD

Sachkundige Bürger UWG

Kreißner, Manfred

UWG

beratende Mitglieder

Bergers, Gerd-Willi
 Pietschmann, Peter

fraktionslos
 fraktionslos

von der Verwaltung

Herr Eggert
 Herr Garn
 Frau Radermacher

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Schul- und Sportausschuss ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Herr Wottrich darum, die Beratungsfolge zu ändern. Tagesordnungspunkt 5 soll nach Tagesordnungspunkt 1 beraten werden, um das Beratungsergebnis bei der Beratung des Tagesordnungspunkts 3 berücksichtigen zu können.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Öffentliche Sitzung:

1	Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen als Benutzungsgebühr für die an den Grundschulen der Gemeinde Marienheide eingerichteten Offenen Ganztagschulen (Beitragssatzung OGTS) vom 08.03.2006	Drucksache Nr. BV/138/08
----------	--	------------------------------------

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Bedarfsbedarf.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen als Benutzungsgebühr für die an den Grundschulen der Gemeinde Marienheide eingerichteten Offenen Ganztagschulen (Beitragssatzung OGTS) vom 08.03.2006 wird beschlossen.	

5	DV-Konzepte der Marienheider Schulen; Information	Drucksache Nr. IV/140/08
----------	--	------------------------------------

Herr Eggert trägt vor, dass die Schulen gemäß dem Beschluss des Ausschusses in seiner Sitzung vom 20.11.2007 den Auftrag hatten, in der nächsten Sitzung ihre aktuellen Medienkonzepte vorzustellen und zu erläutern. Dem Ausschuss sei es wichtig gewesen, vor der Entscheidung über weitere Mittelbereitstellungen Informationen zum derzeitigen Stand (einschließlich Bestandsübersichten), zur weiteren Ausbaukonzeption und insbesondere zur Einbindung der IT-Technik in die Unterrichtsgestaltung zu erhalten. Trotz mehrfacher Aufforderung hätten die Schulen die Konzepte nicht in der gewünschten Form vorgelegt, so dass der Sitzungseinladung lediglich eine grobe DV-Bestandsübersicht habe beigelegt werden können. Die Bestandsübersicht habe die Verwaltung noch kurzfristig aufgrund einer telefonischen Rückfrage bei den Schulen erstellt, um nicht ganz mit leeren Händen dazustehen. Er habe

für dieses Verhalten der Schulen kein Verständnis. Soweit dies zu Konsequenzen bei der Mittelbereitstellung führe, hätten sie dies selber zu vertreten. Positiv sei festzustellen, dass zumindest Herr Krug für die Gesamtschule eine Powerpoint-Präsentation vorbereitet habe, die zwar nicht alle gewünschten Daten liefere, aber wesentliche Informationen zum IT-Einsatz in der Gesamtschule enthalte.

Frau Khaliji weist die Vorwürfe zurück und stellt stellvertretend für die Marienheider Grundschulen eine Bestandsliste der drei Grundschulen vor. Mehr sei von der Verwaltung nicht gefordert worden. Sie räumt jedoch ein, dass die Informationen aufgrund offener Fragen, die die Verwaltung noch beantworten müsse, nicht abschließend seien.

Verwaltungsseitig wird erwidert, dass keinerlei offene Fragen bekannt seien. Es handle sich bei der vorgetragenen Bestandsliste auch nicht um die geforderten Konzepte. Im Übrigen sei es nicht nachzuvollziehen, dass Frau Khaliji Aussagen mache, die nicht zuträfen. So habe die Verwaltung schriftlich von jeder Schule folgende Informationen angefordert:

- aktuelle Bestandslisten mit Stückzahlen,
- eine allgemeine Beschreibung zum derzeitigen Stand der IT-Infrastruktur,
- eine Darstellung in Form einer IT-Konzeption, wie IT in den Unterricht eingebunden wird, welche Lernziele erreicht werden sollen (aufgegliedert nach Planung 2009 sowie innerhalb der weiteren vier Jahre bis 2013),
- eine Darstellung, welche IT-Infrastruktur mit welcher Geräteausstattung (Stückzahlen) aus Sicht der Schulen notwendig ist (aufgegliedert nach Planung 2009 sowie innerhalb der weiteren vier Jahre bis 2013).

Nach eingehender Diskussion beantragt Herr Ahlefelder aufgrund der nicht vollständig vorliegenden Unterlagen, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses das geforderte umfassende Konzept vorgelegt wird.

Herr Rittel geht noch weiter und spricht sich für einen Sperrvermerk des für das Jahr 2009 vorgesehenen Betrages für die Medienausstattung in Höhe von 50.000 € aus. Dies wird auch von Herr Wottrich befürwortet, da ohne die vorgenannten Unterlagen keine Entscheidungen möglich seien.

Herr Krug stellt das Konzept der Gesamtschule anhand einer Powerpoint-Darstellung vor.

Herr Roth bittet ins Protokoll aufzunehmen, dass die GKD die Anschaffung von acht PC für die KGS vorgeschlagen habe. Restbestände an PC, welche von Dritten gespendet worden seien und den notwendigen technischen Anforderungen nicht mehr entsprächen, sollten nach Auffassung der GKD entsorgt werden. Herr Eggert antwortet, dass die Beschaffung der acht Rechner veranlasst worden sei.

Nach weiterer Diskussion, in der teilweise der Eindruck entsteht, dass den Schulen aufgrund nicht sachgerechten Verwaltungshandelns Mittel der Schulpauschale – hier insbesondere für die Ausstattung mit den neuen Medien - vorenthalten werden, regt Frau Meckel an, dass die Verwaltung beauftragt wird, bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses eine Übersicht über die Verwendung der Schulpauschale mit dem Schwerpunkt „Beschaffung von neuen Medien“ vorzulegen. Herr Eggert sagt diese

Aufstellung, rückwirkend für die Haushaltsjahre 2003 - 07, zu. Gleichzeitig betont er, dass die Verwaltung nach Recht und Gesetz handle und alle wesentlichen Ausgaben durch politische Beschlüsse autorisiert worden seien.

2	Verwendung der Schulpauschale 2009	Drucksache Nr. BV/133/08
----------	---	------------------------------------

Ratsmitglied Heedt nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem TOP gem. § 31 GO NW nicht teil.

Verwaltungsseitig wird ein Schreiben, welches als Tischvorlage von Herr Krug ausgelegt wurde und in dem dieser die vorgezogene Sanierung der naturwissenschaftlichen Räume fordert, zur Kenntnis genommen. Herr Eggert macht noch einmal deutlich, dass das PPP-Projekt als Gesamtkonzept anzusehen sei. Einzelne Maßnahmen, insbesondere die im vorgenannten Schreiben aufgeführte Sanierung der Physikräume, könnten nicht losgelöst vom Gesamtkonzept des PPP-Projekts betrachtet bzw. umgesetzt werden. Diese Beurteilung sei Herrn Krug auch im Rahmen seiner Mitarbeit in der Projektgruppe mitgeteilt worden.

Nach eingehender Diskussion sagt Herr Eggert zu, die Problematik der Physikräume in der nächsten Sitzung der Projektgruppe erneut anzusprechen und abzuklären, ob es neue Gesichtspunkte gibt, die eine Umsetzung der dringend erforderlichen Instandsetzung dieser Räume vorab möglich machen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, 1 Befangen
<p>Die Schulpauschale ist wie verwaltungsseitig vorgeschlagen zu verwenden. Die 50.000 € für die Medienausstattung der Schulen werden bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses gesperrt. Der Ausschuss wird dann entscheiden, wie weiter verfahren werden soll.</p> <p>Die Medienkonzepte der Schulen sind der Verwaltung bis zum 31.12.2008 vorzulegen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Medienkonzepte rechtzeitig vor den Klausurtagungen im Januar des nächsten Jahres zusammen mit der zugesagten Aufstellung über die Verwendung der Mittel der Schulpauschale an die Fraktionen weiterzuleiten.</p>	

3	Verwendung der Sportpauschale 2009	Drucksache Nr. BV/137/08
----------	---	------------------------------------

Herr Krug bezweifelt, dass der Betrag, der für die Anschaffung von beweglichem Vermögen und geringwertigen Wirtschaftsgütern vorgesehen ist, auskömmlich sei. Nach den ihm vorliegenden Unterlagen zur Überprüfung der Geräte in den Sporthallen müsse mit höheren Kosten gerechnet werden. Verwaltungsseitig wird erwidert, dass die Einlassungen von Herrn Krug bisher nicht an die Verwaltung herangetragen

worden seien. Es seien auch keine neuen Zahlen bekannt. Die Beschlussvorlage stütze sich auf den bisher üblichen Verfahrensablauf und die zum Zeitpunkt der Erstellung der Beschlussvorlage bekannten Fakten. Neue Gesichtspunkte müssten erst überprüft werden.

Herr Eggert schlägt vor, über die Verwendung der Sportpauschale in der nächsten Sitzung des Ausschusses abschließend zu beraten.

4	Kostenentwicklung Offene Ganztagschulen (OGS); Sachstandsbericht	Drucksache Nr. IV/132/08
----------	---	------------------------------------

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu.

6	Mitteilungen und Verschiedenes	Drucksache Nr.
----------	---------------------------------------	----------------

Anmeldezahlen an den Grundschulen (Einschulungen)

Herr Garn teilt dem Ausschuss mit, dass an den Marienheider Grundschulen einheitlich am 12.11.2008 und 13.11.2008 die Anmeldetermine für das Schuljahr 2009/2010 stattfanden. Die Anmeldezahlen für die Grundschulen stellten sich demnach wie folgt dar:

Katholische Grundschule Marienheide	37
Gemeinschaftsgrundschule Marienheide	33
Gemeinschaftsgrundschule Müllenbach	43.

Zum Schuljahr 2009/2010 würden 136 Kinder aus der Gemeinde Marienheide schulpflichtig. Die Differenz zwischen den schulpflichtig werdenden und den angemeldeten Kindern beruhe darauf, dass einerseits auswärtige Schulen besucht würden bzw. manche Eltern mit ihren Kindern an den Anmeldetagen nicht erschienen seien. Diejenigen Eltern, die sich nicht gemeldet hätten, bzw. nicht erschienen seien, würden nochmals angeschrieben.

Anmeldezahlen an den Offenen Ganztagschulen

Herr Garn berichtet, dass die Offenen Ganztagsgrundschulen (OGS) derzeit folgende Schülerzahlen aufweisen:

OGS Marienheide

Katholische Grundschule Marienheide	28
Gemeinschaftsgrundschule Marienheide	30

OGS Müllenbach

Gemeinschaftsgrundschule Müllenbach 29.

Anmeldezahlen bei „Kein Kind ohne Mahlzeit“

Herr Garn informiert den Ausschuss darüber, dass im Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ aufgrund der Einkommensverhältnisse der Eltern im Schuljahr 2008/2009 18 Kinder anspruchsberechtigt sind. Für 2 anspruchsberechtigte Kinder sei jedoch kein Antrag gestellt worden, so dass sich 16 Kinder im Programm befinden.

Die im Programm befindlichen Kinder teilten sich wie folgt auf:

Katholische Grundschule Marienheide	2
Gemeinschaftsgrundschule Marienheide	3
Gemeinschaftsgrundschule Müllenbach	11.

Erhöhung Eigenanteil Schülerticket

Herr Garn teilt mit, dass ab dem Schuljahr 2009/2010 der Eigenanteil bei der Schülerbeförderung für das erste freifahrtberechtigte Kind von 10 EURO/Monat auf 12 EURO/Monat und der Eigenanteil für das zweite freifahrtberechtigte Kind von 5 EURO/Monat auf 6 EURO/Monat steigen werde.

PPP-Projekt

Herr Eggert berichtet, dass das PPP-Projekt sich nunmehr in der zweiten Umsetzungs-Phase befinde. Diese umfasse die Vorbereitung und Durchführung des Ausschreibungsverfahrens bis zur Vergabe des Auftrags. Mit der Verfahrensdurchführung und –steuerung sei die Fa. PSPC beauftragt worden, die der Gemeinde auch schon in der ersten Phase als Consultant zur Verfügung gestanden habe. Den Auftrag für die juristische Beratung habe Herr Rechtsanwalt Berger aus der Kanzlei Mütze Korsch erhalten.

Z.Z. liefen die Vorbereitungen für die europaweite Ausschreibung des sog. Teilnahmewettbewerbs, die im Januar 2009 erfolgen solle. Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs werde eine Auswahl der Firmen getroffen, die im weiteren Verfahren zu einer konkreten Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen. Es sollten ca. fünf Firmen sein. Für die europaweite Ausschreibung müsse der Auftragsumfang im groben Rahmen definiert werden. So müsse festgelegt werden, ob und in welcher Form das Gebäude des Hallenbads zu berücksichtigen sei. Ebenfalls müssten Aussagen zum weiteren Vorgehen in der Frage der Nutzung der Turnhalle Jahnstraße als Versammlungsstätte, der Ausbauform des Sportplatzes Jahnstraße und der Sanierung des Kleinspielfeldes getroffen werden. Tendenziell würden die optimalen Lösungen angestrebt. Dies gehe allerdings nicht ohne ein deutliches Engagement der betroffenen Vereine.

Zur Vorbereitung des eigentlichen Ausschreibungsverfahrens würden z.Z. umfangreiche bautechnische Untersuchungen und Erhebungen vorgenommen. Da die Arbeiten von der Verwaltung nicht alleine geleistet werden könnten, zum einen wegen fehlenden Fachingenieur-Wissens, zum anderen wegen fehlendem Personal, seien entsprechende Aufträge an Ingenieurbüros vergeben worden. Mit der Auftragsvergabe zur Durchführung der Bauarbeiten sei nach dem derzeitigen Terminplan Anfang 2010 zu rechnen.

Panoramabad

Herr Eggert berichtet darüber, dass für den Fall, dass eine Weiterführung des Panoramabades durch den Trägerverein nicht zustande komme, man bereits nach Lösungsmöglichkeiten für den Schwimmunterricht suche.

Für die Katholische Grundschule sei als Ausweichmöglichkeit der Schwimmunterricht in Lindlar oder Wipperfürth möglich. Die Auswahl sei allerdings von der jeweiligen Kostensituation abhängig.

Die Gemeinschaftsgrundschule Marienheide wolle keinen Schwimmunterricht mehr anbieten, da es für die Schulleitung organisatorisch nicht darstellbar sei, den weiten Weg zu den Nachbarbädern zurückzulegen.

Für die Gemeinschaftsgrundschule Müllenbach sei der Schwimmunterricht nur in Meinerzhagen realisierbar. Dort stehe ein Lehrschwimmbecken zur Verfügung. Nach Bekanntsein aller Fakten müsse man schauen, ob eine Umsetzung des Schwimmunterrichtes möglich sei. In Gummersbach seien keine freien Kapazitäten mehr vorhanden.

Alle Schulen reklamieren die Verpflichtung des Schulträgers, Sportstätten zum Ausübung des Schwimmsports in vertretbarer Entfernung zur Verfügung zu stellen. Herr Eggert weist noch einmal darauf hin, dass es keinen rechtlichen Ansatz für die Pflichtigkeit des Schwimmunterrichts in der Sek. I und II gebe. Daher ordneten die Kommunalaufsichtsbehörden jegliches Engagement auf diesem Gebiet dem Bereich der freiwilligen Ausgaben zu. Bei den Grundschulen sei die Entscheidung zur Pflichtigkeit durch das Innenministerium leider immer noch nicht getroffen worden. Die Verwaltung unterstelle für ihr weiteres Handeln diese Pflichtigkeit zunächst von sich aus.

Zertifizierung Schulsport

Herr Krug gibt bekannt, dass die Gesamtschule in den Sportarten

- Handball
- Tischtennis
- Leichtathletik

eine Zertifizierung anstrebe.

Man hofft, die dafür erforderlichen Lehrerstellen von Land bereitgestellt zu bekommen.

stellv. Vorsitzende/r:

Schriftführer/in:

Oskar Meier

Petra Radermacher

Gesehen:

Hartwig Eggert